



vom 3. März 2017

Der Baugewerbeverband Schleswig-Holstein informiert:

Bauwirtschaft bietet Lösungen für fehlenden Wohnraum

Pläne, Know-how und Kapazitäten sind vorhanden, Signale aus der Politik fehlen

Kiel. Der Wohnungsbau boomt, allerdings noch nicht im ausreichenden Maß und nicht im Bereich des dringend benötigten bezahlbaren Wohnraums und sozialen Wohnungsbaus. Die Bauwirtschaft steht bereit und bietet Kommunen, Städten und Investoren unterschiedliche Lösungen. Gleichzeitig mahnt sie die Politik an, die Rahmenbedingungen hierfür zu schaffen.

Schleswig-Holstein hat im vergangenen Jahr die Weichen für den Wohnungsbau gestellt und die Zahl der Baugenehmigungen ist signifikant gestiegen. Angesichts des Defizits von rund 95.000 Wohnungen in Schleswig-Holstein besteht weiterhin Handlungsbedarf. Insbesondere auch im sozialen und bezahlbaren Segment.

„Die Bauwirtschaft ist gut vorbereitet. Sie hat das Know-how, die Leistungsfähigkeit und die Kompetenz, diese Herausforderungen zu bewältigen. Sie kann bezahlbaren Wohnraum schnell schaffen“, sagt Georg Schareck, Hauptgeschäftsführer des Baugewerbeverbandes Schleswig-Holstein (BGV SH). Man habe bereits seit Jahren Lösungen entwickelt, die schnell, kostengünstig und in hoher Qualität umgesetzt werden können – und vor allem auch bezahlbar sind.

Auch mit Blick auf die Unterbringung von Flüchtlingen hatte der BGV SH mit dem Holzbauzentrums Nord HBZ*Nord und in Zusammenarbeit mit der Landesregierung und der Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen e.V. ARGE konstruktive Wohnungsmöglichkeiten entwickelt und im Internet veröffentlicht (Schneller Wohnraum - Bauen mit IQ* (www.bau-sh.de/schneller-wohnraum-bauen-mit-iq)). Mit Blick auf Studentenwohnungen sind zudem Wohnmodule in Holzbauweise entwickelt worden. Alle Wohnungsmodelle lassen sich auf verschiedene Wohnsituationen übertragen und können für unterschiedliche Wohnzwecke genutzt werden. Die Gebäude sind in Innungsqualität und zum Teil bereits zertifiziert.

„Die Planungen der reproduzierbaren Gebäude und die bereits umgesetzten Häuser zeigen, dass schneller und gleichzeitig hochwertiger Bau zu kalkulierbaren Preisen möglich ist“, so Schareck. Die Politik müsse darüber nachdenken, die Gesetzes- und Normenflut mit ihren wirtschaftlich negativen Auswirkungen auf das Bauen einzudämmen. „Durch den Bau von Typengebäuden, möglicherweise auch mit kürzeren Lebenszyklen, könnten Baukosten gesenkt und Baugenehmigungsverfahren beschleunigt werden.“

Eine weitere Möglichkeit, schnell kostengünstigen Wohnraum zu schaffen, ist der Dachgeschossausbau oder einen Schritt weiter gedacht die Aufstockung von bestehenden Gebäuden. Diese Lösungen lassen sich in Städten, aber auch in den Umlandgemeinden umsetzen. Die Bauwirtschaft mit ihren Betrieben steht bereit, um die Aufgabe zu meistern. Sie wartet auf das Signal aus den Städten, Kreisen und Gemeinden, die die Gebäude in Auftrag geben müssten.





Pressemitteilung



vom 3. März 2017

Der Baugewerbeverband Schleswig-Holstein informiert:

„Der politische Wille ist wohl vorhanden, es fehlt jedoch zuweilen an der Umsetzungsfreudigkeit. Wie bei der Verkehrsinfrastruktur muss besser geplant, müssen Gelder abgerufen und zielgerichtet eingesetzt werden“, so Schareck. Der soziale Wohnungsbau könnte beispielsweise über eine Sonderregelung im kommunalen Finanzausgleich gefördert werden. Städte und Kommunen könnten in Zusammenarbeit mit privaten Investoren weitere Bauvorhaben realisieren. „Wir fordern seit langem, die Grunderwerbssteuer zu senken“, sagt Schareck. Damit würden Anreize geschaffen.

Für Fragen steht Ihnen zur Verfügung:

Hilke Ohrt, Pressesprecherin Baugewerbeverband Schleswig-Holstein

E-Mail: hilke.ohrt@gmx.de, Tel.: 0431 53547-0

